

Die Halle vierteljährlich bei postmaler Bestellung 2.50 M., durch die Post 2.75 M., ansehl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Heitung“ eingetragen.

Für anvertraut eingehende Korrespondenz wird keine Gewähr übernommen. Redakzion nur mit Quellenangabe: „Saale-Bl.“ gefastet.

Redakzion der Redaktion Str. 1140; der Geschäftsstelle Str. 1153 a. Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichsstraße 63, I, Telephon Nr. 590 u. 591.

Saale-Zeitung. Dreizehnbundertziger Jahrgang.

werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichsstraße 63, I. sowie von unteren Annoncen- und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Kleinanzeigen die Seite 75 Pfg. für Halle und außerdem 1 Mt.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubaustraße 17; Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichsstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 69.

Halle a. S., Donnerstag, den 11. Februar

1909.

Das Marokkoabkommen.

Unmittelbar vor dem Eingange des englischen Königs-paares in Berlin ist am Dienstag im Berliner Auswärtigen Amt das neue deutsch-französische Marokkoabkommen unterzeichnet worden. Fast bis zum letzten Augenblick über die Verhandlungen, die schon im letzten Dezember begonnen haben, stillschweigend beobachtet worden, und die Wenigen, die etwas davon wußten, bezielten ihre Kenntnis für sich, um dieses bedeutungsvolle Friedenswerk nicht zu fördern. Auf deutscher Seite liegt das Hauptverdienst an dem Zustandekommen des Vertrages dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen und dem deutschen Botschafter in Paris Fürsten Raschkin, die damit ein diplomatisches Meisterwerk vollbracht haben, während von französischer Seite besonders der Berliner Botschafter Cambon beteiligt war.

Indessen handelt es sich im vorliegenden Falle nicht bloß um Verhandlungen von Macht zu Macht; vielmehr sind auch private Konferenzen nebehergegangen, die gleichfalls zu einem erfreulichen Resultat geführt haben. Danach ist nunmehr zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich eine völlige Einigung erzielt worden. Der Marokkovertrag, der so lange die Gemüter erregt und die politische Lage verunsichert hat, gehört der Vergangenheit an. Man braucht in einem Augenblick, in dem endlich wieder ein friedlicher Zustand geschaffen worden ist, nicht zu fragen, ob nicht schon früher dieses Ziel erreicht werden konnte. Gewiss, daß der marokkanische Janfahel nun glücklicherweise der Welt geschick worden ist. Angefichts des Erfolges, den das deutsch-französische Abkommen für die gesamte internationale Politik beanspruchen darf, angelehnt der beruhigenden Wirkung, die es nach allen Seiten ausüben muß, kommt es nicht bloß auf die Einzelheiten der Abmachungen an, sondern die wichtigste Tatsache liegt in dem Zustandekommen des Vertrages selbst. Sie zeigt, daß bei beiderseitigem guten Willen auch in der scheinbar so schwierigen marokkanischen Frage eine befriedigende Lösung zu finden war.

Aber wir dürfen auch nicht vom Inhalt des Vertrages, soweit wir ihn bereits kennen, wohl zu sprechen sein. Das politische Übergewicht Frankreichs im Rahmen des Algerias-Vertrages bleibt allerdings erhalten, wie sich denn das selbige Abkommen nur als eine Erweiterung und Erläuterung der Algeriasacte darstellt. Aber wir tauschen damit sehr erhebliche wirtschaftliche Zugeständnisse ein, und wir haben gleichzeitig erreicht, daß Frankreich das Schaugeliebte, das es seit zwei Jahren begehrt hatte, räumt. Damit haben wir auch dem jetzigen Sultan Mulan Sefid einen Dienst erwiesen und ihm seine Aufgabe, im Lande Ruhe und Ordnung zu schaffen, erleichtert. Die wirtschaftlichen Konzessionen, die wir teils in dem Abkommen selbst, teils in den privaten Verhandlungen erreicht haben, beziehen sich auf unsere Teilnahme an den öffentlichen Bauten in Marokko, also an Eisenbahnen, Häfen und sonstigen Anlagen, an Bergwerksunternehmen, Beleuchtungs-einrichtungen und dergl. Weiter soll die marokkanische Finanzfrage von den an Marokko interessierten Mächten getrennt geregelt werden. Die Wirkung des Abkommens, seine lokale Handhabung vorausgesetzt, zu der aber auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist, besteht zunächst in der Ausschöpfung der gegenseitigen Rivalität auf marokkanischem Boden, und damit in der Erschließung Marokkos für unseren Handel und unsere Industrie. Aber es muß gleichzeitig auch dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich zu verbessern. Damit bietet es eine neue Gewähr für den Weltfrieden und eröffnet weitere Möglichkeiten.

König Eduard im Rathaus.

Empfang durch die Vertreter der Stadt.

Wie bereits kurz telegraphisch gemeldet, hat König Eduard gestern seinen Besuch im Berliner Rathaus wahr gemacht. Die Stadt hatte Vorzorge getroffen, ihrem Gast einen würdigen und feierlichen Empfang zu bereiten. Ueber der Mitte der Königstraße schaukelte an jener Stelle, wo sie auf die Kurfürstendammstraße und damit auf den „königlichen“ Stadtteil ausmündet, an grüner Tannengrünlade ein Schild mit der Aufschrift „Willkommen!“ In dem dunklen Engpaß, den die alte Königstraße dort bildet, und der an dem getrigen trüb-nebeligen Wintervormittag doppelt eng und dunkel aussah, waltete ein buntes Gewirr aus dunklen Tannengewinden, Farnen und Wimpeln. Auch das Hauptpostamt hat reiche Dekoration angelegt, und an jeder Laterne hing ein grüner Kranz mit einem niedlichen Wimpel.

Vor der Ausmündung der Straße auf den Rathausplatz lag wieder ein breites Spruchband von hüben nach drüben. „God save the king!“ hieß jene Aufschrift. Das Rathaus selbst präsentierte seine würdige Front ganz schmucklos. Auf dem Hauptturm und den beiden kleineren Ecktürmen flatterte über dem Hauptportal waltete ein mächtiges Bannerwerk mit dem englischen Farnen herab, zu beiden Seiten hingen keine deutsche Wimpel. Vor dem hochgewölbten Eingang war ein weit auftragendes Zelt mit satt

roten Belarien gejezt, das oben eine goldene Mauerkrone trug.

Punkt halb zwölf wurde der Wagenverkehr gehemmt. Auf der Freitreppe des Rathauses unter dem Zelt erschienen Oberbürgermeister Kirchner, Bürgermeister Reide, Stadtverordnetenvorsteher Nischel und sein Stellvertreter, Geheimrat Cossel. Alle trugen Gehrock, Zylinderhut und farbige Handhände; auf der Brust ruht die goldene Amtsetzete. Zwei Magistratsdiener in dunkler Livree standen zu beiden Seiten des Portals.

Und schon löst, schreibt das „B. T.“, die Königstrage herauf hurrauernd, König Eduard kommt mit seinem Adjutanten zum Schloß her — zur großen Enttäuschung der Wartenden im geschlossenen kaiserlichen Automobil, von dem die englische Königsstandarte weht. Kein Vorreiter, keine Escort; nur noch ein zweites geschlossenes Automobil folgt. Am Fuße der Rathausstreppe auf dem roten Teppich begrüßen die Häupter der Stadt den Gast. Er trägt über der preußischen Uniform den grauen Kragenmantel mit einem Beltragen. Einen Augenblick prüft er hier draußen unter dem Zeltdach mit dem Oberbürgermeister, dann begibt er sich in das Innere des Rathauses.

Im Innern des Rathauses.

Zum ersten Male seit seiner Erbauung sah das Rote Haus an der Königstrage den Herrscher eines fremden Staates bei sich zu Gast. Die Stadtverwaltung hatte die Festräume zu Ehren des Königs Eduard in hübsche und blühende Blumen- und Tannenhaine verandelt. Im großen Saal, von dessen Galerie herab die Frauen und Töchter der Stadträte herabblieben, sammelten sich um die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten die Gäste, die ehrenamtlichen Mitglieder der Schöffenverwaltung, die Vertreter der Staatsbehörden, die Repräsentanten von Berlins Handel und Industrie.

Im Märgenpaal standen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Schön, der deutsche Botschafter in London, Graf Wolff-Meternich, Minister des Innern v. Moltke, Oberpräsident v. Trott zu Solz, Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben, Unterstaatssekretär Stemann, die Rektoren der Hochschulen, die Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Künste, Staatssekretär v. Pöschmann-Silow und als Vertreter der Stadtverwaltung der Botschafter Franz v. Mendelssohn und mehrere Mitglieder, von den Velesten der Kaufmannschaft Präsident Kämpf. Im Vestibül begrüßten Oberbürgermeister Kirchner und Bürgermeister Dr. Reide den Reichsstatler Fürsten Bülow, den britischen Botschafter Sir Edward M. Gosigen, der mit mehreren Mitgliedern der Botschaft erzielte, die Geheimräte Robert Koch, Leyden, Renvers, Fränkel und Kahl, den derzeitigen Rektor der Berliner Universität, zu dem sich Rabbiner Dr. Rosenzweig gesellte. Die glühenden Uniformen der Offiziere übertraden das Einzelrot der schwarzen Gehörde, und nur die Mitglieder der Stadtverwaltung trugen als Vertreter ihrer Würde die goldene Amtsetzete. Zunächst war König Eduard am Portal eingetroffen. Nach der Begrüßung hat er den Oberbürgermeister, dem er die Hand drückte, ihm die Mitglieder der städtischen Verwaltung vorzustellen und stellte dann auch sein Gefolge vor, in dem sich auch vom Ehrenmitglied General v. Löwenfeld und Admiral v. Ledow befanden. Den König begleiteten der Kolonialsekretär Carl Crewe, der Lordkammerer Biscourt Athorp, der Feldmarschall Lord Grenfell, der Admiral Sir Day Bonaquet, der Unterstaatssekretär des britischen Foreign Office Sir Charles Sanding, der Leibarzt Sir James Reid und die Obersten Stratfield und Johnson.

Kundgebung durch die Festhalle.

Nach diesem Vorbpiel begab sich König Eduard in das Vestibül; er schüttelte dort sofort dem Reichsstatler Fürsten Bülow kräftig die Hand und wurde dann vom Oberbürgermeister Kirchner die mit brennendroten Ziffern behetzte Freitreppe langsam emporgeleitet. Am Ende der Freitreppe stellte der Oberbürgermeister dem König die drei Ehrenbürger Berlins, Professor Robert Koch, Dr. Langerhans und Staatsminister Hobercht vor. Auch Professor Dr. Renvers, der frühere Leibarzt der Kaiserin Friedrich, wurde dem König auf seinen Wunsch nach vor dem Eintritt in die Festhalle vorgestellt. Der Oberbürgermeister teilte dem König ferner mit, daß die Kaufmannschaft unter den geladenen Gästen besonders stark vertreten sei, da sie zuerst den Wunsch hatte, den Vertreter des englischen Volkes in der Börse begrüßen zu dürfen. Die Kaufmannschaft Berlins lief aber von diesem Plan zurückgetreten, als die Stadt Berlin die Absicht kundgab, den König bei sich zu Gast zu nehmen.

Beim Eintritt in die Festhalle sang die Kammergesangsvereinigung der Berliner Liedertafel auf der hohen Empore zum Willkommen „Gott grüße dich“, und König Eduard hörte zunächst lebend dem deutschen Liede zu.

Oberbürgermeister Kirchner

richtete an den König folgende Begrüßungsworte:

„Gestatten Euer Majestät, daß ich auch an dieser Stelle im Namen der Stadt Berlin den ehrwürdigsten Willen und herzlichsten Dank dafür ausspreche, daß Euer Majestät der Einladung, im Rathaus zu erscheinen, nachgiebig Folge geleistet haben. Ich bitte Euer Majestät, von der Stadt Berlin aus der hande einer deutschen Bürgerstochter einen Ehrentrunk deutschen Weines huldvoll entgegenzunehmen.“ Stadtrat Seiberg schenkte in den goldenen Pokal den Steinberger Kabinett 68er Auslese und übergab Tablett

und Trunk Fräulein Johanna Kirchner, der weißgekleideten Tochter des Oberbürgermeisters, die ihn dann dem König überreichte.

König Eduard

trant einen kräftigen Schluck, reichte lächelnd den Pokal zurück und richtete an den Oberbürgermeister Kirchner folgende Dantesworte:

„Verehrtester Oberbürgermeister! Ich danke Ihnen für den Empfang von gestern und heute. Es ist mir eine große Freude, daß ich Gelegenheit habe, in diesem schönen Rathaus von Ihnen empfangen zu werden. Ich bin mit großer Freude nach Berlin gekommen. Mein größter Wunsch ist, daß die Beziehungen zwischen uns in der beiden Ländern immer die besten sein mögen.“

König Eduard hatte mit leiser Stimme gesprochen, nur den letzten, bedeutungsvollen Satz hörte die meisten. Einmütige laute Bravorufe folgten den Worten. König Eduard unterließ sich darauf mit dem großen Senator der Stadtverordneten, Dr. Langerhans, Professor Robert Koch, dem früheren Oberbürgermeister Hobercht, dem Stadtrat Marggraf, dem jetzigen Senator des Magistrats. Darauf nahm der König in einem der Gesellplatz und Fürst Bülow setzte sich ihm zur Linken. Das Quartett sang das Lied „Dort unten in der Wüste“, dessen wehmütige Melodie nicht recht in die Stimmung passen wollte. Dann trat der Gast unter der Leitung der beiden Bürgermeister den Kundgang durch die geschmückten Repräsentantenräume der Stadt Berlin an. Der Weg führte vom Stadtverordnetenversammlungssaal hinter dessen offenen Kitzeltüren die liberalen behauchte Fontäne sprühte, nach dem prächtigen Magistratsversammlungssaal und nach der Bibliothek. Von dort kehrte der König in den Festsaal zurück wo die große Schar der geladenen Gäste seiner harzte, und hörte noch den Vortrag der Lieber „Im schönsten Bienen-grunde“ und „Sturmbejchwörung“ von Dürrer. Als sich der König zum Abschied erhob, brachte der Stadtverordnetenvorsteher Nischel mit kräftiger Stimme folgendes Hoch aus:

„In aufrichtigster Freundschaft mit der englischen Nation bringt die gesamte Bürgergasse, bringen Magistrat und Stadtverordnete Berlins ihren tiefgefühltesten herzlichsten Dank für das huldvolle Erscheinen Eurer Majestät ehrebetzig zum Ausdruck mit dem Rufe: Seine Majestät, König Eduard VII. von Großbritannien und Irland hoch, hoch, hoch!“

Die Versammelten stimmten in den dreimaligen Ruf ein. König Eduard verneigte sich und verabschiedete sich dann von den ihm Zuhilfenehmenden. Die Mitglieder der Stadtverwaltung, die ihn empfingen, begleiteten ihn über die Freitreppe zurück, und beim Abschied äußerte sich König Eduard noch einmal anerkennend über das, was man ihm im Hause der Stadt Berlin geboten.

Am 1 Uhr mittags besuchte König Eduard die britische Botschaft in der Wilhelmstraße, wo ein Frühstück serviert wurde; zahlreiche Diplomaten hatten dazu Einladungen erhalten. Vor dem Frühstück wurde eine Wache von Berliner englischen Kolonie zum König empfangen.

Deutscher Reichstag.

203. Sitzung vom Mittwoch, 10. Februar, 2 Uhr. Am Bundesratsstisch v. Reibmann-Sollweg. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung pünktlich 2 Uhr. Das Haus ist schwach besetzt.

Der Etat des Reichsausschusses des Innern.

(Schleier Tag.)

Hg. Wehrens (Wirtlich, Sp.):

Das Vorgehen der Verge in Köln geht entschieden zu weit. Auch wer ein Anhänger des uneingeschränkten Koalitionsrechtes ist, braucht mit dem Verhalten der Kölner Verge nicht einverstanden zu sein. (Sehr richtig!) Ich glaube auch, daß ein großer Teil der Verge den Streit ihrer Kollege in Köln missbilligen. Das Streikrecht wohl halt machen, wenn es sich um Leben und Gesundheit von Menschen handelt. (Sehr richtig!) Die liberalen Parteien, besonders die liberalen Herren von der Waterlant, haben kein Recht, sich so sehr über die Maßregelungen von Eigern in Oberloosen zu entrüsten, wie es Dr. Strube geftern getan hat. Er mag zunächst einmal dafür sorgen, daß von den liberalen Großverge das Koalitionsrecht der Schiffsoffiziere gewahrt wird. (Sehr richtig, rechts.) Eine Denkschrift über die Lage der reinen Walzwerke ist nicht notwendig, wenn die Lage ist bekannt. Die vertraulich gegebenen Geschäftsstellen, von denen der Staatssekretär geftern sprach, ich auch längst bekannt. Ich habe sie wenigstens dieser Tage in der „Kön. Ztg.“ gelesen. Für staatliche Maßnahmen zugunsten der reinen Walzwerke sind meine politischen Freunde zu haben. Es sollte aber auch etwas für den deutschen Erbergbau geschehen, der sich in einer großen Notlage befindet. Besonders im Sieger Erbergbau sollten Maßregeln ergriffen werden, um eine gesunde Entwicklung wieder zu ermöglichen. Der Sieger Erbergbau hat vor allem unter der Konkurrenz des Auslandes zu leiden. Auch dem Lothringer Erbergbau sollte die Reichsregierung ihre Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Ueber die Arbeiterverhältnisse im Ruhrrevier ist mit Recht Klage geführt worden. Das Schwarzschmelzen muß auf das entschärfte verweist werden. 8000 Arbeiter auf Wochen hinaus auszusperren, das kann niemals gelöst werden. Sie behaupten aber nicht nur im weislichen Erbergbau, sondern auch bei den niederrheinischen Süttenwerten. (Hört, hört!) Diese haben sich

gegenseitig verpflichtet, allen Arbeitern, die — wenn auch arbeitsmäßig — gefündigt haben, keine Beschäftigung zugewähren. Hier handelt es sich doch also nicht mehr um eine Befreiung des Kontraktbruchs, sondern um eine Aufhebung der verfassungsmäßig gewährten Freizügigkeit. Ueberhaupt muß ganz generell zu den schmerzlichen Strafen gesetzt werden, daß sich mit ihnen die Unternehmer ein Einverständnis eintragen, das ihnen ganz und gar nicht zusagt, zumal sie sich als Richter in eigener Sache aufspielen. Die Aufhebung der Beschäftigungsordnung begrüßen wir mit Freuden. Der Fortschritt eines Reichsberggesetzes stimmen wir zu. (Beifall bei der Witzf. Wg.)

Hg. Dr. Müller-Meiningen (Zf. Wp.):

Vorlegung eines Reichstheatergesetzes

eingebracht. Veranlassung dazu gab uns der jetzt ausgebrochene Kampf zwischen den Bühnenleuten und den Bühnengehörigen. Die Schuld an diesem Streit ist keiner Seite besonders in die Schuhe zu schieben. Es handelt sich um ein Stück sozialer Entwicklung. Das patriarchalische Prinzip, das bisher dem Theater herrschte, gerät eben ins Wanken. Die moderne, soziale Idee pocht nun auch an die Pforten der deutschen Theater. Es ist höchste Zeit, daß hier die soziale Gerechtigkeit eingreift, daß endlich einmal auf diesem Gebiete nach dem Rechte geachtet wird. Ich gebe zu, daß der neue Vertragsentwurf der Bühnenleiter, der in etwas schroffer Weise von den Bühnengehörigen abgelehnt worden ist, einen kleinen Fortschritt bedeutet gegenüber den bisherigen Zuständen. Die Bühnengehörigen haben aber auch das Recht, dagegen zu protestieren, daß sich ein Gewohheitsrecht herausbilde, das einmal zur größten Gefahr für sie werden kann. (Sehr richtig! links.) Die bisherigen Vertragsverhältnisse zeigen viele unbillige Momente. Die ersten Wochen der Aufstellung gelten einfach nur als Probezeit. Mehrere berühmte Künstler spielen eine Rolle. Die Bühnenleitung hat alle Macht in den Händen. Sie kann die Angestellten ausheben und sie ohne weiteres auf die Straße werfen. Es besteht eine völlige Rechtslosigkeit der Bühnengehörigen. Die Presse hat genug Beispiele darüber veröffentlicht. Die Bestimmungen über den Vertragsbruch sind unersetzlich. Die Kontraktbrüche verfallen nicht nur einer hohen Konventionalstrafe, sie können auch noch drei Jahre lang doppeelt werden. (Hört, hört! links.) Die Bestimmungen sind geradezu unbillig. Ein großer Krebsgeschwür sind auch die Agenturen. Hoffentlich gelingt es den Organisationen der Bühnengehörigen endlich einmal, die Stellenvermittlung selbst in die Hand zu nehmen. Wie sieht es mit der Regelung der

Gebührenfrage bei den Theateragenturen?

hat die Regierung in dieser Beziehung irgend welche Schritte unternommen? Die Konventionen verlangen Erhebungen über die ganze Frage. Aus diesem Stadium sind wir aber längst hinaus. Das Material liegt in Massen vor. Darüber, daß Mißstände bestehen, kann doch kein Zweifel mehr herrschen. In der Zeitfrist der Deutschen Bühnengehörigenvereinigung zum Beispiel Schauspielern angeboten, deren elegante Garborte und schöne Erscheinung besonders hervorzuheben wird und zwar eine jugendlich dramatische Schauspieler für 80 M. monatlich, eine erste Opern- und Operettenängerin mit herrlicher Stimme für 100 M., eine zweite Liebhaberin,

Bildung, für 40 M. im Monat.

(Lebhaftes Hört! Hört!) Eine erste Liebhaberin ist für 100 M. zu haben. Naive und Sentimentale friert man noch viel billiger. (Heiterkeit.) Welcher Abgrund von Verfühlungen und Vorurteilen schlummert hinter einem solchen Angebot! (Sehr richtig! links.) Hier liegt ein Abgrund von Unbilligkeit. Wenn jemand die Unbilligkeit ernstlich bekämpfen will, dann muß er dafür sorgen, daß hier etwas geschieht. Außerordentlich bedenklich ist auch die Kostfrage. Sinter den glänzenden Trichter und dem bunten Fülltrichter verdirbt sich das Geld und die Prostitution. Auch auf den internationalen Frauenkongressen ist bereits anerkannt worden, daß sich der Luxus auf der Bühne schon zum Barozismus entwickelt. Dabei ist das Einkommen der Bühnengehörigen im Durchschnitt außerordentlich gering. Nur wenige Bühnenhelfer haben 30 000 oder 50 000 M. Einkommen. 50 Prozent aller Schauspieler haben weniger Einkommen als 1000 M. (Lebhaftes Hört! Hört!) Von den 25 000 Bühnengehörigen haben nur 10 Prozent über 3000 M. Einkommen. Die großen Bühnenhelfer können es sich wohl erlauben, die Direktoren zu schikanieren, sie schädigen aber ihre weniger gut gestellten Berufsgenossen damit, denn an ihnen läßt der verdrängte Direktor seinen Grimm aus. Aus diesen Mißständen müssen wir heraus. Ich denke mit einer Lösung, die auf den §§ 63 und 70 des Handelsgesetzbuches fußt. Es wäre schlimm, wenn wir die Schauspieler in die Gewerbeordnung hineinnehmen müßten. Im Interesse der deutschen Theaterkunst muß der gesetzgeberische Weg beschritten werden. Die Frage der Theaterkassensoll und der Zensur muß endlich einmal geregelt werden. Darum verlangen wir ein Reichstheatergesetz. Kom Jenzor haben wir hier schon oft gesprochen. „Strafe genug ist kein erstföhliger Sandwerk.“ (Heiterkeit.) Bereits im Jahre 1896 ist von dem Hgg. Miquel und Windthorst eine gesetzliche Regelung der ganzen Materie einverständlich der Zensurfrage empfohlen worden. Im Jahre 1901 brachten wir einen ähnlichen Antrag ein, und von seiner Partei wurden die bisherigen Verhältnisse verteidigt. Das Komische an der Theaterzensur ist ihre lokale Unübersichtbarkeit. Einmal taucht sie hierhin, ein andermal dorthin. In einem Orte gibt es nicht als unbillig und im anderen Orte nicht. Sie hat einen großen Fehler. Aber damals war es auch schon bald zu arg. Der Zensur machte die tollsten Sachen, und oft brachte er gerade durch seine Willkür die Unbilligkeit erst in ein Stück hinein. In den Jahren 1900 bis 1903 schrieben ja die Sedentanten des Jenzors zum Himmel. Ich erinnere nun daran, daß im „Cyranus de Bergerac“ die Stelle geschrieben wurde, wo dem Lieblichshunde ein Kistchen gegeben wurde. (Große Heiterkeit.) Ich erinnere an das Verbot der „Maria von Magdala“ von Paul Herje, ein Stück, das ein Symphonie auf die Person Jesu ist. Es gibt noch eine Fülle weiterer drolliger Sachen, die damals der Berliner Zensur sich zugeben konnten. Von den einseitigen Dingen bis zum inaktiven konfessionierten königlich preussischen Söbeler Otto Reuter im Wintergarten. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß der Zensur durch mein Lob nicht etwa läppig werden wird. Es kommt ja auch jetzt noch allerlei Unangenehmlichkeiten vor. So sind auch wieder bei dem Stück „Meister Jorjellan“ von Hans von Rechenberg eine ganze Reihe von unfrommen Willkür gemacht worden. Da kommt eine polnische Gräfin Kosschinska vor. Sie hat von Friedrich dem Großen zu sagen. Dedu Sie ihn, er schläft nur mit offenem Munde wie ein Kuckucker! Der offene Mund wurde zum Jenzor geschickt, aber der Kuckucker als Reichstheaterleitung ge-

strichen. (Heiterkeit.) Nun hat sich der Unglückssturm von Jenzor aber auch an Orte gemacht, wo er bisher nicht aufgetreten ist, nach Stuttgart und nach Hamburg. In Stuttgart hat man sogar ein Stück verboten, das in Berlin voriges Jahr aufgeführt wurde. (Der württembergische Bevollmächtigte ruft: Das Verbot ist aufgehoben!) Dann freue ich mich, daß die schwäbische Polizei so vernünftig ist. Aber in Hamburg hat man wieder die „Teufelsk“ verboten.

Die ganze Theaterzensur ist eine Kalamität für schlechte Stücke. In Bayern wird in solchen Fragen ein künstlerischer und literarischer Beirat gehört, warum schafft man in Preußen nicht auch ein Uebergangsorgan wie eine solche Institution? Am besten wird jedenfalls die ganze Theaterfrage gelöst, wenn man energisch gegen die hiesigen Schaufellungen einschreitet und Volkstheater unterhält, wie das Berliner Schillertheater. Dort kann das Volk selbst über die Stücke entscheiden. (Sehr richtig! links.) Es hat einen besseren Geschmack, als die Herren von der Rechte glauben. Man spricht viel von der großen Idee der Erziehung einer

deutschen Nationalbühne mit einer Hofkapelle für Schaufellkunst. Wir sehen diese Bestrebungen mit voller Sympathie gegenüber. Es ist notwendig, eine Hofkapelle für Schaufellkunst zu schaffen, wo der deutsche dramatische Kunst unsere Klaisler gelehrt wird. Der dramatische Kunst würden wir durch eine solche Institution einen unerschöpflichen Dienst erweisen. Ich bitte Sie, ohne jede Parteiprefektion einmütig unseren Antrag anzunehmen. (Lebhaftes Beifall links.)

Hg. Dr. Franz-Rathor (Zf.):

führt Beschwerde über die Handhabung des Sprachensparagrafen in Oberhessen. Selbst im Reichsrat kreist verhandelt man in Verhandlungen den Gebrauch der polnischen Sprache, obwohl 80 Prozent der Bewohner Polen sind. Die Leute können nicht aus ihrem Willen den Gebrauch der deutschen Sprache ab, sie beherrschen sie nur nicht. Wenn der Staatssekretär verspricht, gegen die Polen wieder vorzugehen, dann will ich ihm herzlich gern sein Gehalt bewilligen. (Heiterkeit.)

Hg. v. Dittsch (Wp.)

verteidigt die schwarzen Bissen im Bergbau in Erwiderung auf die Reden der Sozialdemokraten, der Polen und des Hgg. Rummann. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Defensivität der schwarzen Bissen möglich ist, denn dann würden die Arbeiter wahrscheinlich die Lebensverhältnisse und einzelnen Beamte in Verzug erklären und auch förmlichen Gefahren aussetzen.

Staatssekretär v. Reymann-Hollweg:

Der Erlaß von Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen, sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellensvermittlungen für Bühnengehörige ist Landesangelegenheit. Ich bin bereit mit den Bundesregierungen in Verbindung treten über die Frage, ob ein einheitliches Eingreifen die Verhältnisse der Bühnengehörigen notwendig ist; ich würde die Entscheidungen der Bundesregierungen ab. Bei dieser formalen Frage, in der sich die Sache befindet, möchte ich heute die materielle Frage einer Reform des Theaterwesens nicht erörtern.

Hg. Wieland (D. Wp.)

erledigt eine Reihe von Fragen der Versicherungsangelegenheit u. a. betreffend den berufsgenossenschaftlichen Referenzfonds, die Einbeziehung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes in die Versicherungen, die Konkurrenz der Gehaltsstände, das Schlichtungsverfahren und die Sonntagsruhe im Handel, künftige Fragen vom Standpunkt des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes.

Hg. Graf Kanitz (konf.)

erwidert in längerer Rede auf die gestrigen parlamentarischen Ausführungen des Hgg. Rämpf. Wichtige sich doch Herr Kanitz endlich davon überzeugen, daß die Aera des Freiheitsbundes vorbei ist. Hält er am Freiheitsbunde fest, so macht er sich zum Kompagnon einer Firma, die tatsächlich bankrott ist und nur noch aus hin ihre Lebensfähigkeit zur Schau trägt. (Lebhaftes Beifall rechts, Zischen links.)

Hg. Weiser (Zf.):

Nach der Erklärung des Staatssekretärs dürfen wir auf haldige Regelung der Theaterfrage hoffen. Auf der Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins hat man den Arbeitnehmern der Theaterhandlung hingeworfen und ihnen den Broterwerb köder geboten. In rechtlicher Beziehung stehen die Angehörigen des deutschen Theaters schlechter als die in jeden anderen Beruf. Das neue Theatergesetz sollte auch die Frage der Gerichtsbarkeit regeln. Die Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches über die Verträge gegen die guten Sitten sollten auch den Bühnengehörigen in vollem Maße zugute kommen. Bei den Vorarbeiten zu meiner Broschüre „Theaterleben“ sind mir 6000 Fragebogen durch die Finger gegangen; es handelt sich hier in Wahrheit um eine Tragödie, die Schreden und Mitleid zugleich auslöst. (Sehr gut!) 50 Prozent der Bühnengehörigen verdienen weniger als 1000 M. jährlich und müssen dazu lärmlichen Verpflichtungen gegen die Agenturen nachkommen und die Kasse mit den anderen Rekruten bestücken, die im Spiel gebrauchen. Wegen der geringsten Kleinigkeit werden die Schauspieler auf die Straße gemorren. Die Kündigungsstrafen müssen gleich Gesetz werden, die Arbeitszeit und Sonntagsruhe geregelt werden. Analog dem Fabrikantengesetz sollte ein Theaterinspektor geschaffen werden. Die Kassefrage ist in Wahrheit eine Frage der Prostitution. In der Zensurfrage kommt der Redner mit Dr. Müller-Meiningen nicht voll überein. Man dürfe nicht vergessen, daß es Stücke gibt, die wirklich nicht im Interesse des Volkes geschrieben sind. Ich spreche da nicht als Zentrumsmann, sondern vom Standpunkt eines Menschen, der die Welt mit offenen Augen sieht (Minutenlange Heiterkeit links und rechts) — ich meine, nicht vom Parteistandpunkt eines Zentrumsmannes, sondern vom Standpunkt eines Mannes, der die Welt mit klugen Blicke überdauert. (Erneute lärmliche Heiterkeit links und rechts.) Sie haben ja gar keine Ahnung, wie leicht einem das wird gerade wegen der Weltberühmtheit der Weltanschauung, die wir vertreten. (Sehr gut! im Zentrum. Heiterkeit links und rechts.) Mit der schwierigen Zensurfrage wollen wir das Theatergesetz nicht beschließen. Bei den künstlerischen Arbeiten, Häufigkeit, können die künstlerischen Elemente die notwendigen zu sehr überlassen. Der Redner bittet, sich des Theaterberufes anzunehmen, der mit dazu berufen ist, unser modernes Leben mit Bealen zu erfüllen. (Lebhaftes Beifall.)

Hg. Sasse (Soz.)

fordert ein Reichsberggesetz, prüft gegen die Konzeptionspflicht im Glasbrennerhandel und für Beibehaltung der Bestimmungen über den Referenzfonds.

Hg. Güde (natl.)

empfiehlt eine nationalliberale Resolution, die beim Referenzfonds die Zulässigkeit von Erleichterungen wünscht. Dann wird die Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs geschlossen.

Hg. Dr. Franz (Soz.):

bedauert die Haltung der Vorhänge zu schnell geknickt, ich kann daher den Auftrag meiner Partei, für ein Reichstheatergesetz zu sprechen, nicht erfüllen.

Hg. Bogel (natl.)

erklärt, er habe für die Giegener Werke sprechen wollen. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Es wird über die Resolutionen abgemittelt. Angenommen werden die Resolutionen auf Ausbau des deutschen Handwerksbetriebs, auf Einführung der Vermögenswohl bei der Krankenversicherung und durch Zusammenführung mit 142 gegen 119 Stimmen die Resolution auf Erlaß von weiteren Schutzvorschriften für die Anlagen der Eisenindustrie. Ferner wird angenommen die Resolution auf Erlaß einer Verordnung über die Einrichtungen in den Betrieben von Metallschleifereien, auf Vorlegung einer Denkschrift über die Lage der reinen Kattunindustrie, auf Veränderung der Bestimmungen über den berufsgenossenschaftlichen Referenzfonds, sowie auf Erlass von Schutzvorschriften in den Glasfabriken, Vorlegung eines Reichsbeschlusses und Anhebung von Grunderwerbsteuern, Ernennung von Einjährigwehrgenossen zum zollfreien Bezug des Einjahresmaterials für reine Kattunwerke und Vorlegung einer Denkschrift über die Lage des Erzbergbaus. Einmütig angenommen wird die Resolution auf Vorlegung eines Reichstheatergesetzes, in dem die Bühnenvertragsregeln einer zeitgemäßen Reform unterzogen werden sollen, der andere Teil der Resolution Müller-Meiningens, der eine Regelung der öffentlichen Rechtsverhältnisse des Theaters fordert, wird abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr: Nachtragsdebatten und Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

27. Sitzung vom 10. Februar.

Am Ministertische: Schwarzkopff. Präsident von Kröner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Lehrerbildungsgesetz.

Die zweite Beratung des Lehrerbildungsgesetzes wird fortgesetzt bei den §§ 48—50 (Leistungen des Staates).

Hg. Graf Spee (Zf.):

Wir haben Bedenken gegen die zur Debatte stehenden Bestimmungen, weil die Schuldverhältnisse mit 7—25 Schulfällen keine Zuschüsse erhalten. Durch die Regelung, welche die Kommissionsbeschlüsse vorsehen, kann es kommen, daß ein Schuldverhältnis mit 7 Schulfällen, der leistungsfähig ist, Zuschüsse bekommt, während der benachteiligte Schuldverhältnis mit über 7 Schulfällen keine Zuschüsse erhält.

Hg. Schiffer (nl.):

Die Beschlüsse, denen der Korredner Ausdruck gegeben hat, bestehen in der Tat. Ich behauere aber, daß der Korredner ihnen nicht energischer entgegengetreten ist. Wenn er die Verhandlungen der Kommission genau verfolgt hätte, müßte er wissen, daß die Regelung, die mir gestellt haben, allein eine Sicherung dafür bietet, daß die Gemeindefiskus in ihrer Eigenart aufrecht erhalten werden. Hätten wir Beschlüsse gefaßt, so würden wir damit den ersten Schritt zur Staatschule getan haben. (Sehr richtig! links.) Wir haben gerade in der Kommission betont, daß Gemeindefiskus mit weniger als 7 Schulfällen, die leistungsfähig sind, keine Staatszuschüsse erhalten sollen. Damit ist doch eine mißbräuchliche Anwendung wohl ausgeschlossen. (Sehr richtig! links.) Die Beurlaubung, die in den Kreisen besteht, denen der Korredner nahesteht, beruht zum großen Teil auf Unkenntnis. Auf der anderen Seite kann es aber nicht schaden, wenn wir Gelegenheit nehmen, das Gemissen der beteiligten Behörden zu schärfen. (Sehr richtig! links.) Die Regierung bitte ich bei dieser Gelegenheit, eine authentische Interpretation des Begriffs „Dienst-einkommen“, wie er gegenwärtig in der Vorlage enthalten ist, zu geben.

Geheimrat Klotzsch:

Ich bin der Meinung, daß die Minderheit der Kommission dahingegen ist, den Rechtszustand von 1888 wieder herzustellen. Unter „Dienst-einkommen“ müßte danach die gesamten Aufwendungen zu verstehen sein, also das Grundgehalt, sämtliche Zuschüsse, Remunerationen, Ruhegehalt usw., nicht aber die tatsächlichen Aufkosten, wie die Kantons für die Dienstwohnungen. Ich behauere dem Korredner ferner, daß leistungsfähige Gemeindefiskus mit weniger als 7 Schulfällen Zuschüsse nicht erhalten werden.

Hr. v. Joditz (sf.):

Der Herr Regierungskommissar hat die Ansicht der Kommission richtig wiedergegeben. Auf die Frage, ob es nötig ist, Beschlüsse einzuführen oder nicht, will ich nicht mit aller Ausführlichkeit zurückkommen, ich muß aber doch dem Hgg. Schiffer gegenüber erneut feststellen, daß gerade unsere Anregung, die Beschlüsse zu schaffen, den Zweck hatte, den Ueberrag zum Staatschule zu verhindern. Gerade das gegenwärtige System der Gewährung von Staatszuschüssen an die Gemeindefiskus führt nach meiner Ansicht mit Notwendigkeit zur Staatschule. Um die leistungsfähigen Gemeindefiskus genügend unterstützen zu können, ist es notwendig, mit dem System der festen Staatsbeiträge zu brechen. Die Gemeindefiskus brauchen nicht zu befechten, daß sie durch die rückwirkende Kraft des Gesetzes in die Verluste geraten. Das Urteil des Hgg. v. Joditz an n. fernern über die Kreisausschüsse war durch Sachkenntnis nicht getrübt. Wir haben in ihnen Männer, die frei und unabhängig ihr Urteil abgeben. Die Verdachtsfragen des Hgg. Borgmann weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall rechts.)

Hg. v. Dittsch (konf.):

Unsere Auffassung geht aus dahin, daß die Gemeindefiskus, deren Staatszuschüsse getrübt werden, wieder aus einem anderen Fonds voll entschädigt werden. Die Regierung sollte den kleinen Gemeindefiskus gegenüber mit großer Liberalität vorgehen.

Hg. Wolff-Vielbeck (nl.):

Der sogenannte Ergänzungsfonds von 7 Millionen für die großen Gemeindefiskus erscheint reichlich hoch. Man hätte die kleinen Gemeindefiskus mehr bedenken sollen.

Hg. Reiner (Soz.):

Die Kreisausschüsse sind Vertretungen agrarischer Interessen. Das Urteil meines Freundes Borgmann über sie war ganz richtig. Der Ministerialdirektor hielt die Schulgemeindefiskus mit einer und zwei Schulfällen für besonders leistungsfähig. Dem kann ich nicht zustimmen. Nicht die Güte der Schulfälle, sondern die Arbeitsgemeindefiskus. Die Arbeiter müssen dort hohe Zinsen zahlen zum Einkommenverlust zahlen wegen der Schulfälle. Im weiteren schließt Redner eingehend die schädliche Finanzlage der Stadt Linden bei Hannover, um daran die Bitte zu knüpfen, der Stadt Linden die gesamten Kosten zu ersetzen, die ihr durch das Gesetz erwachsen. (Geschloßter rechts.)

Hg. Hoeveler (Zf.):

Man beschließt durch die Vorlage eine Erhöhung der Kommunalsteuern durchschnittlich um 40 Proz. Ich habe zwar viele Zuschriften in diesem Sinne erhalten. Man sollte daraus die dritte

Dieser Eindruck einer aufrichtig verständlichen Haltung des Ministers Wilson mögen wir beifolgend und uns der vorstehenden Würdigung seines Verdienstes anerkennen.

Die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ schreibt:

Die für Marokko bestehenden internationalen Abmachungen werden durch das neue Uebereinkommen nicht entkräftet; auch auf die Seite von Agadir würde ein Nachdruck gelegt, und die Interessen Marokkos, wie in der letzten Sitzung der Konferenz, und die Interessen der französischen und deutschen Mächte werden nicht geopfert. Auch sonst wäre es verfehlt, an ein einzelnes deutsch-französisches Abkommen als praktisch-geschäftlicher Tendenz große politische Zukunftsgedanken anzuknüpfen. Seine Geltung reicht über einen deutlich umgrenzten Bezirk afrikanischer Interessen nicht hinaus. Unter Gesichtspunkten der europäischen Politik aber ist es immerhin erhellend, daß in einer Zeit, wo die Großmächte mit Ballanjozen beschäftigt sind, zwischen Berlin und Paris ein so wesentlicher Schritt zur Beilegung des marokkanischen Interessensstreites geschieden ist.

Von englischen Kreisläufigen liegen folgende Nachrichten vor: „The Times“ schreibt: Wir wünschen nicht, Frankreich und Deutschland getrennt voneinander zu halten, sondern wünschen, daß sie zusammenkommen, und daß alle Nationen von dem beständigen Argwohn, den sie hinsichtlich ihrer Motive gegeneinander hegen, befreit werden.

„The Daily Mail“ schreibt: Die willkommene Nachricht von dem französisch-deutschen Abkommen trifft angenehm mit der Meldung von der Ankunft des britischen Herrscherpaars in Berlin zusammen. Das Abkommen scheint auf sehr verbindlicher Grundlage zu beruhen.

„The Daily Chronicle“ erklärt, der Abschluß des deutsch-französischen Abkommens sei ein glückliches Zusammenstreffen mit dem Besatz in Berlin, und das Abkommen würde nützlich herabzugenommen werden als in England.

„The Daily Telegraph“ sagt, die Unterzeichnung des Marokko-Abkommens sei im höchsten Grade befriedigend und werde in England herzlich willkommen gesehen werden, da es ein weiteres Element eines möglichen internationalen Mißverständnisses aus der Welt schafft. Die Engländer hätten nur Dankbarkeit und Glückwünsche für den weiten liberalen Geist, der in Berlin und Paris ein so wohlthätiges Abkommen möglich gemacht hätte.

Auch Frankreichs Presse findet sich wohl oder übel, z. T. mit recht lauem Gesicht, mit der vollendeten Tatsache ab: „Der französische „Le Soleil“ sagt: Das französisch-deutsche Abkommen schließt den Kampf der deutschen Politik in Marokko. Darüber ist jetzt kein Mißverständnis mehr, und uns bleibt nur übrig, ohne Grimm den Plan zu räumen.

„Der Figaro“ schreibt am Morgen, also noch ehe das Abkommen unterzeichnet war: Dieser Akt, der an sich schon so wichtig ist, würde unter den gegenwärtigen Umständen einen nicht mißzuverstehenden Sinn erhalten. Diese Rundgebung des Vertrauens würde in jeder Hinsicht eines großen Volkes würdig sein. Deutschland würde zeigen, daß es im Besitztum seiner Kraft über ein Interdikt der Verurteilung nicht schillern will, und daß es Vertrauen in das Wort eines Dritten hat, um dessen berechtigten Interessen breiteren Spielraum zu lassen. In diesem alten Weltteil, an dem andere Mächte seit Beginn der Orientkriege teilgenommen, würde Deutschland einen hohen Rang beinhalten.

Unter dem Titel „Das Ende des Agadir“ schreibt die „Petite République“: Frankreich und Deutschland treten in ein Stadium bestimmter objektiver Verhandlungen miteinander ein. Das allein bildet eine Tatsache von ansehnlicher Tragweite. Die marokkanische Frage, welche im Grunde genommen eine deutsch-französische Verständigung in der Luft lag. Die öffentliche Meinung und die Presse Deutschlands schienen dieselbe zu fördern. Dieser gute Wille und diese Bemühungen haben ihre Früchte getragen. Zum ersten Male seit 40 Jahren haben sich Frankreich und Deutschland über eine heikle Frage in genauer Weise in bona fide ohne Rücksicht und Hintergebanten geeinigt.

Allgemeine Mitteilungen.

Preussisches Landes-Oekonomik-Kollegium. Unter sehr harter Beteiligung von Regierungskommissionären wurde gestern durch den Vorsitzenden, Reichs- und Landtagsabgeordneten Graf Scherff, die zweite Tagung der zweiten Sitzungsperiode des Königlich Preussischen Landes-Oekonomik-Kollegiums eröffnet, durch welche Tagung diesmal die Beratungen der Landwirtschafts-Magistrat eingeleitet werden. Generalsekretär Dr. v. Altrich-Berlin erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Landes-Oekonomik-Kollegiums und der ständigen Kommission.

Ausland.

Das neue Ministerium in Oesterreich.

Ein Ministerium des gemäßigten Betriebes nennt die „N. Fr. Presse“ das neue Ministerium, das wie folgt zusammengeleitet sein soll: Präsidium: Graf v. Bieneritz, Inneres: Graf v. Haerdtl, Finanzen: Ritter v. Biliński, Justiz: Dr. v. Söhenbarger, Unterrichts: Graf Stürgitz, Gläubiger: W. B. Handel: Dr. Weistädter, Landesverteidigung: Graf v. Georgi, öffentliche Arbeiten: Ritter, Ackerbau: Professor Dr. Graf, deutscher Landesminister: Dr. Scheiner, tschechischer Landesminister: Dr. Jazek, polnischer Landesminister: Ritter v. Hrabanowicz.

Weiter schreibt hierzu die „N. Fr. Presse“:

Das neue Ministerium bringt Oesterreich zu einer künftigen Zukunft. Durch die Unbestimmtheit der Regierung wird bei der sehr auffälligen Zusammenlegung weit es das Vorzeichen harter Kämpfe und schwerer Krisen. Es zeigt die Parteien, die sich der Arbeit in der Gesetzgebung bereitwillig anschließen wollten, und verurteilt trotz der Gründe nicht, die das Abgeordnetenhaus gegen sie geltend macht, die Wahrscheinlichkeit parlamentarischen Regierens hat sich um viele Meilen entfernt.

Agadir hingelichtet?

Eine sensationelle Nachricht kommt aus Genf. Bekanntlich ist der Lokalführer Agadir seit längerer Zeit von dem russischen revolutionären Komitee zum Tode verurteilt. Nun hat ein Mitglied dieses Komitee einem Vertreter der

Agence Fournier mitgeteilt, er habe von dem russischen revolutionären Zentralkomitee eine Depesche erhalten, in der ihm mitgeteilt wird, daß der Vertreter Agadir von einigen Agenten in Brüssel von dem Komitee in Haft genommen worden ist, und heißt mit anderen Worten, daß er hingerichtet ist. Das Komitee behält sich vor, den passiven Gelegenheit die näheren Umstände, unter denen die Hinrichtung Agadir erfolgt ist, öffentlich bekannt zu machen.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 11. Februar.

Freizeiten an den städtischen Mittelschulen.

Nach einem früheren Beschlusse der hiesigen Behörden sind alljährlich 20 besonders tüchtige Kinder des 3. Schuljahres der Volksschule, und zwar 10 Knaben und 10 Mädchen, als Freizeithelfer der Mittelschule zu überweisen.

Diese sozial dankenswerte Maßnahme hat sich nach den bisherigen Erfahrungen durchaus bewährt. Die Auswahl geeigneter Schüler und Schülerinnen erfolgt in diesen Wochen auf Grund der Vorschläge der Klassenlehrer und -lehrerinnen durch die Schulverwaltung. Berücksichtigt können nur solche Kinder werden, die nach einem zehnjährigen Besuche der Volksschule sich durch Betragen, Fleiß und Leistungen in hervorragendem Maße auszeichnen und deren Eltern sich verpflichten, für die nötigen Schulbücher und eine der Mittelschule entsprechende Kleidung ihrer Kinder selbst zu sorgen.

Sächsisch-Thüringischer Verein für Erdkunde.

In der letzten Sitzung sprach Herr Walter Staßberg, Kultus am Institut für Meereskunde in Berlin, über das Meer und seine Erforschung. Wir wollen nur den Zusammenhang des interessanten Vortrages kurz skizzieren, ohne auf Einzelheiten näher einzugehen, da diese ohne die Lichtbilder doch nicht ohne weiteres verständlich wären.

Unergründlich tief und ausgedehnt erschien dem Menschen das Altertum das Meer. Niemand hatte es durchschaut, niemand seine Tiefen ergründet. Heute haben wir für diese Werte nicht nur feste Zahlenangaben, sondern wir fragen jetzt vielmehr nach den Kräften, die das Meer und seine eigenartigen Strömungen beherrschen. Hier stehen wir jedoch erst am Anfang anderer Erkenntnis.

Wir haben schon bemerkt, daß man im Altertum keine Werte für Ausdehnung und Tiefe des Meeres hatte. Die erste dieser Dimensionen, die Ausdehnung der Meeresflächen, erschloß sich dem Forscher der Entdeckungen, während dessen Reisen wurden die Hauptzüge der Verbreitung der Ozeanischen Becken festgelegt. Wir greifen nur einige Zahlen der folgenden Zeit voraus. 1775 entdeckte Cook das südliche Polarmeer und den antarktischen Kontinent. 1898-99 entdeckte Nansen das große Tiefseebecken des nördlichen Eismeeres in Gebieten, wo man früher flache Meere oder sogar Land vermutet hatte. Noch heute kennen wir die Grenzen des antarktischen Kontinentes nicht, aber wir können schon sagen, daß die Meere sich zu den Kontinenten an Ausdehnung wie 7:25 verhalten, also weitaus überwiegend im Antitz unseres Planeten.

Die Frage nach der Tiefe der Meere wurde im Zeitalter der Entdeckungen ganz vernachlässigt und bekam erst größere Bedeutung, als die Kabelleinien eine genauere Erforschung des Reliefs des Meeresbodens erforderlich machten. So wurde hier die Praxis von großer Bedeutung für die Wissenschaft. Heute sind viele komplizierte Lotapparate gebaut, die es zugleich auch ermöglichen, Boden- und Wasserproben der tiefsten Schichten zu erlangen. Einige schöne Lichtbilder zeigen den Bau dieser Apparate. Neuerdings werden auch Thermometer und Flügelgeräte an den Lotapparaten befestigt, um die Temperatur und Bewegung des Wassers am Meeresgrunde zu erfassen.

Heute ist das Bodenrelief der Ozeane in großen Zügen bekannt. Hinsichtlich der interessanten Vergleichbarkeit zwischen dem Höhenverhältnissen der Meere und dem Kontinente. Die Bodenproben haben uns auch ein Bild von den Gebirgen der Tiefsee gegeben. In den tiefsten Becken überwiegt der rote Tiefseeschlamm wohl zum Teil aus zerfallenen vulkanischen Äschen gebildet, in weniger tiefen Meeresbecken überwiegen Globigerinenkalkablagerungen, aus den Schalen der Globigerinen zusammengefaßt.

Das Relief des Meeresbodens entbehrt die reiche Gliederung des Festlandes und es überwiegen flache Formen, vereinzelt haben sich unterseesische — wahrscheinlich vulkanische — Ruppen und eigenartige tiefe Senkungsfelder nachweisen lassen; diese werden als Gräben bezeichnet und begleiten zum Teil den Rand des pazifischen Ozeans.

Von größter Wichtigkeit für die Schiffahrt und die Seefischerei ist heute das Wissen über die Meeresströmungen und das Salzgehalt. Seit 1875 hat die deutsche Seewarte in Hamburg 2470 Journale von Handels- und Kriegsschiffen gesammelt und 10 600 000 Beobachtungen verarbeitet. Die daraus gewonnenen Ergebnisse kommen wieder der Praxis zugute, indem sie den Schiffen den besten Weg weisen können. Das Tiefenwasser wurde zum ersten Male von der berühmten Challenger-Expedition untersucht. Neuerdings hat das öftere Ausbleiben von Heringschwärmen die nord-europäischen Staaten veranlaßt, das nordwestliche Meer und das Golfmeer näher untersuchen zu lassen. Auch hier ist das Eingreifen der Praxis von größter Bedeutung für die Wissenschaft gewesen.

Ueber die Bewegungen des Tiefenwassers der Meere wissen wir noch recht wenig, aber sicher ruht auch in den größten Tiefen das Wasser nicht, sondern ist in ständiger langamer Bewegung. So konnte schon Rømer mit Recht sagen: „Si pars movetur, totus oceanus movetur.“

Sehnsüchtiger Beifall wurde dem interessanten Vortrage zuteil.

Der Vorsitzende des Vereins, Herr Professor Philippson, machte die sehr interessante Mitteilung, daß am 15. März der berühmte Tibetforscher Sven Hedin auch in Halle, wo er sich seine Doktorwürde erwarb, einen Vortrag über seine Reisen halten wird. Hiermit seien auch die Mitglieder des Vereins darauf aufmerksam gemacht, die dem letzten Vortrage nicht beigewohnt haben.

Fener im Mobilienkassen.

Die Hauptwache und ein Zug der Gendarmen wurden gestern nachmittags durch den Mörder von dem Ausbruch eines Feuers in der Rannischenstraße Nr. 11 veranlaßt. Die nach am Platze existierende Feuerwehre konstatierte, daß durch ein

überhitztes Ofenrohr in dem Mobilienkassen Möbes- und Kasten die in der Nähe des Hofes befindlichen Kartons mit Hüten ausverkauftes Haus. Der Künstler gab den Don Juan mit bewährter Meisterschaft und rich das Buchst. durch die Champagner-Arie zu vielen spontanen Beifallsausdrücken hin, so daß sie de capo gegeben werden mußte. Im Spiel entwickelte der Künstler die bekannte, jugendliche Geschmeidigkeit; die Stimme weicht allerdings nicht mehr ganz dem Zauber früherer Tage an. Besonders machte sich dies in den kantilenarischen Stellen bemerkbar. Ein ausführender Bericht folgt hier abend.

Der Vaterländische Frauenverein hat heute vormittags 11 Uhr im Hotel „Stadt Hamburg“ seine Generalversammlung ab.

Stadtheater. Das Gastspiel des berühmten Don Juan-Darstellers Francesco d'Andra brachte ein sehr ausverkauftes Haus. Der Künstler gab den Don Juan mit bewährter Meisterschaft und rich das Buchst. durch die Champagner-Arie zu vielen spontanen Beifallsausdrücken hin, so daß sie de capo gegeben werden mußte. Im Spiel entwickelte der Künstler die bekannte, jugendliche Geschmeidigkeit; die Stimme weicht allerdings nicht mehr ganz dem Zauber früherer Tage an. Besonders machte sich dies in den kantilenarischen Stellen bemerkbar. Ein ausführender Bericht folgt hier abend.

Der Vaterländische Frauenverein hat heute vormittags 11 Uhr im Hotel „Stadt Hamburg“ seine Generalversammlung ab.

Letzte Nachrichten.

Eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Fallières?

Paris, 10. Febr. Verschiedene Blätter berichten, daß anlässlich der Enthüllung des Denkmals der Königin Viktoria von England in Cineci bei Nizza möglicherweise eine Zusammenkunft zwischen dem deutschen Kaiser, dem König von Italien und dem Präsidenten der französischen Republik stattfinden würde. Der Fürst von Monaco soll sich bemühen, die Begegnung in die Wege zu leiten.

Die deutschen Bundesstaaten und die auswärtige Politik.

Stuttgart, 10. Febr. In der heutigen Generaldebatte des Statts sprach Ministerpräsident Weisbach über die Stellung der Bundesstaaten zur äußeren Politik des Reichs. Er gab eine Erklärung ab, in der es hieß: Der Wunsch für auswärtige Angelegenheiten ist noch am besten (Gleichheit). Der als definitiv zu bejahen hat stets seine Schuldigkeit getan und zur allgemeinen Zufriedenheit gearbeitet. Die Bundesstaaten werden in der Hauptsache durch schriftliche Berichte über die Ereignisse in der äußeren Politik informiert. Die einzelnen Regierungen werden auf diese Weise besser orientiert, als wenn sie auf die Berichte der Gesandten in Petersburg oder Paris angewiesen wären.

Der Ministerpräsident, heißt es weiter, hat mit dem Reichskanzler eine nahezu ständige Unterredung gehabt, in der ebenso interessante, wie wichtige Ausstellungen gegeben wurden. Der Minister hat sich namens der Bundesregierungen in der angenehmen Lage befunden, dem Reichskanzler die völlige Uebereinstimmung mit von ihm entworfenen Gesetzen auszusprechen. Hieran wurde die Mitteilung geknüpft, daß die Bundesregierungen besonders freudig die Stellung der deutschen Reichsregierung zu dem großen österreichisch-ungarischen Freund und Verbündeten begrüßt haben. — Der Wunsch für auswärtige Angelegenheiten wird sich fortan in regelmäßigen Perioden versammeln.

Es wird von hoher Bedeutung sein, wenn das Ausland an der inneren und entschlossenen Einigkeit des freilichlichen Deutschland keinen Zweifel haben kann. Das ist der größte Augen des Ausschusses, der sich nunmehr wieder — gewissmaßen — reaktiviert.

Das Befinden des Kaisers Menelik. Rom, 10. Febr. Ueber den Zustand des Negus von Abyssinien berichtet noch immer Ungewissheit. Die letzten Meldungen aus Adis Abeba klingen sehr ernst. Der Negus soll einen Schlaganfall erlitten haben.

Die Hinrichtungen in Frankreich als Volksschauspiel.

Paris, 10. Febr. Den Hinrichtungen der Raubmörder Kesse und Simoze, die heute stattfanden, wohnten eine Zuschauermenge von 20 000 Personen bei. Die Anhänger des Abgeordneten Jaures veranlaßten Kundgebungen gegen die Todesstrafe. Nach der Hinrichtung taufden Frauen Täter in das Blut der Toten und mußten vom Militär gewaltsam entfernt werden.

Die Bergungsarbeiten in Messina. Rom, 10. Febr. Nach einer von „Popolo Romano“ aufgestellten Uebersicht beträgt die Zahl der von Marine-Soldaten gebauten Baracken 6716, der vom Regierungsbauamt bezugsstellten 10 000. Die Ausgrabung der Leichen bezieht infolge der weit vorgeschrittenen Verwesung Schwierigkeiten. In Gioia Tauro kam es zu Unruhen wegen angeblich mangelhafter Holzverteilung. Die Karabinieri mußten in die Luft schießen, wobei ein junger Mann schwer verwundet wurde.

Newport, 10. Febr. Der Senat von Nevada lehnte die antijapanische Landbill ab. Ebenso prägen man sich im Staate Oregon gegen die antijapanischen Gesetze an.

Unterhaltungsblatt.

Stolze Herzen. Frei nach dem Englischen von Clara Rheinow. (Fortl.) — Ein Strandgespräch. Skizze von Reinhold Drimann. — Bunte Zeitung: Neues von d'Anagnino usw.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für des Feuilleton und Vermischtes: Paul Schramberg; für den Handeltel: Erwin Alexander-Rag; für den Zerkartenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Samstags — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einjährig „Unterhaltungsblatt“.

